



**Prof. Wolfram Winter**  
**Vorsitzender Ausschuss Medienpolitik**

### Das Dilemma

Wir befinden uns im Jahre 2019, und die Zukunft der Öffentlich-Rechtlichen Sendeanstalten (ÖR), insbesondere der ARD, steht in den Sternen. Zumindest würde man es den Beteiligten wünschen, dass wenigstens dort ein Ort vorhanden ist, der strahlende Antworten hätte.

Die irdischen Statthalter gleich welcher Couleur liefern stattdessen seit inzwischen über zwei Jahren Fragen, Kritiken, und Bemerkungen, wie es auf keinen Fall gehen darf – die Festlegung der Rundfunkbeiträge ist ein typisches Beispiel dafür geworden, wie man Themen verschleppt, ohne sie zu lösen. Hier ein Indexmodell, dort eine FDP, die das nicht will, hier eine maßvolle Erhöhung der Beiträge, dort ein „geht gar nicht“, und zur Krönung die Frage der Fragen, wie denn überhaupt der Auftrag auszusehen hätte, und erst dann kann man etwas entscheiden.

Dabei geht es um kein Hexenwerk, sondern um das Schleichen um den heißen Brei – niemand traut sich Wahrheiten auszusprechen, die in allen Köpfen, sogar in denen der Beitragszahler oder auch Bürgern, herumgeistern.

Fakt Eins ist, dass es im Allgemeinen heißt, die ÖR haben mit 8 Milliarden pro Jahr genug, oder besser, zu viel Geld. Egal warum oder weshalb, die schiere Summe scheint hier das Argument zu sein. Wieviel Geld allerdings „moralisch“ akzeptabel erscheint, vielleicht 7 oder gar 4 Milliarden, das traut sich niemand zu formulieren. Was hier auch von Protagonisten ignoriert wird, ist die jüngste Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes – diese wird nicht müde, die Bedeutung der ÖR gerade im Wandel zum Digitalen zu betonen, was man ohne allzu viel Phantasie in eine Beitragserhöhung übersetzen kann, und nicht umgekehrt.

Fakt Zwei ist, dass man von einer breiten Akzeptanz für die ÖR nur ausgehen kann, wenn sie für die breite Öffentlichkeit attraktiv ist. Aber es ist viel schicker zu erklären, dass es doch viel besser wäre, wenn nur noch Bildung, Information, Dokumentation und Kultur gesendet wird – und sie damit zwangsläufig in der Nische verschwindet! Unterhaltung und Sport, das kostet zu viel Geld, das können die Privaten genauso gut, und Talkshows und Krimis „en masse“ braucht sowieso niemand. Die Kritiker dieser Formate ignorieren dabei, dass ausgerechnet die Beitragszahler, sprich Zuschauer, Krimis eben sehr gerne sehen, und dass die ÖR keinen ausschließlichen Auftrag für Bildung haben.

Fakt Drei ist, dass kein Rundfunkrat bisher bereit war, für „seine“ Sendeanstalt etwas auf- oder herzugeben. Zum Beispiel die 20 Klangkörper der ARD – diese gelten zwar als „zu viele“, und

kosten pro Jahr über 300 Millionen Euro, aber kein Intendant sollte es erwägen, diese öffentlich zur Disposition zu stellen, wenn er nicht anschließend gekreuzigt werden will.

Fakt Vier ist, dass es ohne eine Erhöhung der Rundfunkgebühren dazu kommt, dass kein Angestellter mehr eine Gehaltserhöhung bekommt, egal was er in seinem Job leistet, kein Strom teurer werden darf, und Dienstleister wie Produzenten oder Schauspieler ebenso in diese quasi Deflation gehen müssten.

Man könnte den Auftrag dramatisch eindampfen, Hörfunk- und TV-Sender zu Dutzenden einstellen, und Unterhaltung und Sport künftig Netflix, DAZN und Co überlassen. Diesen Vorschlag hat aber bisher niemand gemacht, und in den Sternen steht er auch nicht.

Aber man würde damit nicht einen Euro einsparen, was die heutigen, und in den nächsten zehn Jahren noch steigenden Pensionszahlungen betrifft, sondern wird flächendeckend erleben, dass, wie im Falle von Radio Bremen, schon heute mehr Geld für Gehälter und Pensionen ausgegeben werden muss, als im Programmetat für das Fernsehen ausgegeben werden kann.

In den Sternen könnte vielleicht diese Wahrheit stehen – die Beiträge müssen steigen, und die Gremien samt Landtagen müssen gleichzeitig umfangreiche Strukturveränderungen zulassen wie nie zuvor in der Geschichte der ÖR, damit in zehn Jahren die Beiträge real tatsächlich sinken würden.